

kontakt

SPD Garching

46. Jahrgang | September 2017



Bela Bach, unsere Bundestagskandidatin (Mitte rechts) mit Annette Ganssmüller-Maluche, Stellv. Landrätin, im Biergartengespräch

Bela Bach

Unsere Kandidatin für den Wahlkreis München-Land

»Wenn in der Politik das Stichwort Sicherheit fällt, dann denken die meisten von uns hauptsächlich an innere Sicherheit, an Videoüberwachung, Polizei und die damit verbundene Einschränkung von Bürgerrechten. Sicherheit muss aber mehr sein als Überwachung und Terrorabwehr.

Das Gefühl für Sicherheit und auch das Bedürfnis nach Sicherheit umfassen weite Teile unseres alltäglichen Lebens. Innere Sicherheit, äußere Sicherheit und auch soziale Sicherheit bedingen einander. Dies ist ein, wenn nicht der, Kerngedanke des sozialdemokratischen Staatsverständnisses.

Ohne soziale Sicherheit, kann es auch die vielbeschworene „innere Sicherheit“ nicht geben. Einbruchsdiebstähle, Bandenkriminalität und auch Übergriffe auf Frauen müssen dabei freilich mit aller rechtsstaatlicher Konsequenz verfolgt werden. Frei und sicher leben können wir aber erst, wenn es zu diesen Taten gar nicht erst kommt. Das sinnvollste Argument ist in meinen Augen daher die Prävention durch ein funktionierendes soziales Gefüge und durch gesellschaftlichen Zusammenhalt.

TERMINE 2017

15. September
SPD-Wiesnbiereprobe
im Römerhof
ab 16 Uhr

16. September
Herbstmarkt
im Römerhof
ab 10 Uhr

24. September
Bundestagswahl

»Wir freuen uns auf Ihren Besuch!«
Bürgermeister Gruchmann und
seine Stadtratsfraktion

In der Fraktionssprechstunde:
Jeden Montag in den Wochen
mit Stadtratssitzung
im Fraktionszimmer um 19:30 Uhr

In der Bürgermeistersprechstunde:
Donnerstags 16-17:30 Uhr;
Termine siehe auf garching.de

Auf unserer Homepage:
spd-garching.de

Oder folgen Sie uns auf Facebook:
SPDGarching

Ihr direkter Draht
zum SPD-Ortsverein:
SPD-Ortsvereinsvorsitzende
Ulrike Haerendel: 089/3206701

Ihr direkter Draht zur SPD-Fraktion:
Joachim Krause: 089/320 35 08

24/7: Das Rund-um-die-Uhr Telefon
der Garchinger SPD:
(089) 326 49 880 – Unter dieser
Nummer können Sie jederzeit Ihre
Fragen, Anregungen oder Kommen-
tare loswerden. Wir rufen Sie dann
baldmöglichst zurück.



Die SPD gilt gemeinhin weniger als Partei der Sicherheit, sondern als Partei der Gerechtigkeit. Sicherheit und Gerechtigkeit gehören aber zusammen. Der sozialdemokratische Ansatz lautet daher: Es gibt keine Gerechtigkeit ohne Sicherheit. Und es gibt keine Sicherheit ohne Gerechtigkeit.

Nur reiche Menschen können sich einen schwachen Staat leisten. Wir als SPD wollen einen starken Staat, der den Schutzanspruch für alle Bürger durchsetzt. Denn Unsicherheit bedeutet immer auch Unfreiheit und fehlende Solidarität mit denen, die auf den Staat als Garant ihrer persönlichen Sicherheit angewiesen sind.

Deswegen unterstütze ich Martin Schulz, der zu diesem Thema klar sagt: „Wir wollen den Staat in die Lage versetzen, seine Aufgaben wahrzunehmen!“

Dies betrifft insbesondere Wohnungseinbrüche, da diese eine wesentliche Ursache für den Anstieg des subjektiven Unsicherheitsgefühls sind. Deswegen ist es richtig, dass die SPD sich für ein Förderprogramm einsetzt, das den Einbau einbruchhemmender Fenster und Türen erleichtert und die Zahl der Einbrüche reduzieren soll. Zusätzlich müssten aber auch verstärkt länder- und grenzüberschreitende Bemühungen unternommen werden, um organisierte Banden aufzudecken.

Auch in der Terrorismusbekämpfung kann nur ein gestärkter Staat seine Aufgaben effektiv wahrnehmen. Allerdings haben wir kein Defizit bei der Überwachung, sondern bei der Erkennung wirklicher Gefährder, wie die Anschläge von Hamburg, Berlin und Paris gezeigt haben. Deswegen ist es wichtig, dass die SPD auch hier nach wie vor auf den Dreiklang aus Repression, Vorbeugung und Ausstiegshilfe setzt.

Wahre Sicherheit entsteht aber vor allem dann, wenn es gar nicht erst zu Delikten kommt. Jemand, der eine anständig bezahlte Arbeit hat, eine Wohnung, die für ihn und seine Familie ausreicht, sowie eine echte Zukunftsperspektive, der wird all das nicht durch Begehung von Straftaten aufs Spiel setzen. Deswegen ist die Sicherheitslage in erster Linie auch ein Spiegelbild des sozialen Gefüges.

Faire Löhne, auskömmliche Renten, bezahlbarer Wohnraum, mehr Verteilungsgerechtigkeit, die rasche Integration von Geflüchteten und schließlich eine Außenpolitik, die auf nachhaltige Konfliktlösung anstatt auf Rüstungsexporte an Kriegsparteien setzt, sind daher essentiell, um Sicherheit in Deutschland und Europa nachhaltig zu gewährleisten. All das kann es nur mit einer starken SPD geben. Packen wir's an!“

Ihre
Bela Bach

bela-bach.de
facebook: BelaBachSPD



Bundestagswahl 2017

Nutzen Sie Ihr Wahlrecht, stärken Sie unsere Demokratie!

Liebe Garchinginnen und Garchinger, am 24. September 2017 sind wir aufgerufen, eine neue Regierung für unser Land zu wählen. Ich möchte Sie herzlich bitten, von diesem demokratischen Grundrecht Gebrauch zu machen. Gerade wir Deutschen wissen aus unserer eigenen Geschichte, wie zerbrechlich die demokratische Staatsform sein kann.

Lassen wir uns nicht einreden, dass es „die da oben und die da unten“ gibt! Es sind die von uns gewählten Volksvertreter, die wir nach Berlin in den Bundestag entsenden. Voraussetzung dafür ist aber, dass wir unser Wahlrecht nutzen.

Als Kommunalpolitiker habe ich gelernt: Menschen wählen Menschen, die sie kennen – quer durch alle Partei-Vorschlagslisten. Menschen wählen Menschen, denen sie ganz einfach zutrauen, dass sie bei ihren Entscheidungen nach dem gesunden Menschenverstand abwägen, was für eine möglichst große Mehrheit der Gesellschaft gut ist.

Die SPD macht uns da jetzt zwei konkrete personelle Angebote: Als Spitzenkandidat und Bundeskanzler bewirbt sich der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments (2012-2017), Martin Schulz; ein Mensch mit sehr viel politischer Erfahrung – ein wahrer Demokrat, der übrigens auch elf Jahre lang Bürgermeister von Würselen in Nordrhein-Westfalen war. Ihn unterstützen Sie, wenn Sie auf dem Wahlschein mit der Zweitstimme „SPD“ ankreuzen. Und als Direktkandidatin im Wahlkreis München-Land bewirbt sich auf Ihrem Wahlschein mit der Erststimme bereits zum zweiten Mal nach 2013 die erst 27jährige Bela Bach aus Planegg (Sie profitiert bei einem guten Ergebnis für die SPD natürlich auch von Ihrer Zweitstimme, da sie einen aussichtsreichen SPD-Listenplatz erhalten hat).

Jetzt weiß ich nicht, ob Sie bereits Gelegenheit hatten, die beiden Kandidaten persönlich kennen zu lernen? Ich kenne beide und kann Ihnen beide besten Gewissens empfehlen!

Martin Schulz begegnete ich zweimal: Einmal beim politischen Aschermittwoch in Vilshofen und das zweite Mal bei einem Festvortrag im Bayerischen Landtag. Sein kraftvoller Händedruck zeugt von Willenskraft, seine klaren, bodenständigen Worte kamen von Herzen. Ich vertraue ihm und traue ihm zu, dass er als Bundeskanzler unsere Politik wieder menschlicher und sozial gerechter gestalten wird.



Ihre
Erststimme für
den/die
KandidatIn

Ihre
Zweitstimme
für
die SPD.

Mit der **Erststimme** wählen Sie den SPD-Kandidaten oder die SPD-Kandidatin aus dem Wahlkreis in dem Sie wohnen. Wer die meisten Erststimmen erhält, gewinnt den Wahlkreis.

Die **Zweitstimme** entscheidet über die Mehrheit im Bundestag. Unser Ziel der SPD ist es, die meisten Zweitstimmen zu erhalten und damit die stärkste Partei im Bundestag zu sein.

Die Juristin **Bela Bach** kenne ich nun schon seit nahezu zehn Jahren aus der direkten Zusammenarbeit im SPD-Unterbezirk München-Land: Sie war dort schon lange Zeit als Juso-Vertreterin aktiv, bevor sie 2013 zur Stellvertretenden Vorsitzenden im Unterbezirk gewählt wurde. Ja, sie ist noch jung, dafür aber voller echtem, ursprünglichem, sozialdemokratischem Tatendrang. Das, was sie bislang angepackt hat, hat sie immer mit Bravour vollendet. Ich denke, mehr muss ich an dieser Stelle zu den beiden Kandidaten nicht sagen. Ihre persönlichen Wahlinhalte kommunizieren die beiden zur Zeit ausgiebig in allen Medien.

Liebe Garchinginnen und Garchinger, bitte stärken Sie unsere Demokratie und gehen Sie mit mir gemeinsam am 24. September ins Wahllokal (oder machen Sie Briefwahl). Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen.

Ihr Dietmar Gruchmann

Alle in Garching gemeldeten Bürgerinnen und Bürger können ihre Briefwahlunterlagen im Briefwahlbüro (Besprechungsraum EG, Zimmer 0.04) bis zum Freitag, den 22.9., Mittag abholen oder auch gleich vor Ort wählen.

ÖFFNUNGSZEITEN BRIEFWAHLBÜRO:
Montag bis Freitag: 08:00 - 12:00 Uhr
Donnerstag: 14:00 - 18:00 Uhr
Die Abgabe der Briefwahlunterlagen ist im **Rathausbriefkasten** bis Sonntag 18 Uhr möglich.

Garchinger Fußgängerzone wird beruhigt Zufahrt zukünftig nach 15 Uhr nicht mehr möglich



In der letzten Stadtratssitzung vor der Sommerpause stand ein heikles Thema auf der Tagesordnung, das schon lange die Gemüter erhitzt, nämlich die Verkehrsregelung in der Fußgängerzone. 1. Bürgermeister Gruchmann hatte den Garchingerinnen und Garchingern versprochen, die zahlreichen unerlaubten Autofahrten in der Fußgängerzone mit Hilfe von automatisch hochfahrenden Pollern zu unterbinden. In der Bürgerversammlung am 21. März 2017 hatte sich eine deutliche Mehrheit der Anwesenden für eine Öffnung der Fußgängerzone nur von 8 bis 12 Uhr an allen Werktagen ausgesprochen. Die Gemeindeordnung sieht nun vor, dass der Stadtrat sich mit der von der Bürgerversammlung entschiedenen Frage befassen muss, an ihr Votum aber nicht gebunden ist. Das ist auch sinnvoll, denn es trägt der Tatsache Rechnung, dass auf einer Bürgerversammlung das Für und Wider einer Sachfrage nicht in dem Maße abgewogen werden kann, wie es oft notwendig ist. So auch hier: In der Bürgerversammlung wurde nicht darüber diskutiert, ob alle Betreiber von Läden in der Fußgängerzone tatsächlich in der Lage sind, ihrer Lieferverkehr so zu organisieren, dass er bis 12 Uhr abgeschlossen ist. Es hätte dann vermutlich laufend Anträge auf Son-

dergenehmigung gegeben, denen man hätte stattgeben müssen, um nicht die Schließung von noch mehr Geschäften in der Fußgängerzone zu riskieren. Aus diesen Gründen konnte der Vorschlag, die Fußgängerzone nur bis 12 Uhr für den Lieferverkehr zu öffnen, nur genau die Hälfte der anwesenden Stadträte überzeugen, so dass dieser Vorschlag abgelehnt war. Stattdessen stimmte dann die große Mehrheit des Stadtrates für eine Öffnung bis 15 Uhr montags bis freitags und bis 13 Uhr samstags, wobei Einigkeit darüber herrschte, die Fußgängerzone bereits um 7 Uhr zu öffnen.

Dieser Kompromiss dürfte sowohl die Interessen der Anwohner als auch die der Ladenbetreiber ausreichend berücksichtigen: Die Ladenbetreiber müssen zwar eine Einschränkung der möglichen Lieferzeiten gegenüber dem derzeitigen Zustand hinnehmen, haben aber ausreichend Flexibilität, um ihre Lieferungen so zu organisieren, dass sie in diese Zeit fallen. Die Anwohner können sicher sein, dass durch die Sperrung der Fußgängerzone mit den automatischen Pollern keine privaten Autos mehr die Fußgängerzone befahren, vor allem nachts nicht mehr. Bisher war zwar das Befahren der Fußgängerzone nach 18 Uhr auch

schon verboten, dieses Verbot wurde aber häufig übertreten, und weil Polizei oder kommunale Verkehrsüberwachung nicht überall sein können, auch selten geahndet. Die Poller werden nun dafür sorgen, dass eine Übertretung nicht mehr möglich ist, sie können in Notfällen aber schnell heruntergefahren werden, wenn z.B. ein Krankenwagen in die Fußgängerzone einfahren muss.

Den Helmut-Karl-Platz betrifft dieser Beschluss übrigens nur insoweit, dass die neuen Lieferzeiten auch hier gelten, von der Münchner Straße bleibt er aber erreichbar. Der automatische Poller, der zwischen Helmut-Karl-Platz und Bürgerplatz eingebaut wird, wird nur bei Notfällen heruntergefahren und bleibt ganztägig oben, während die neuen Poller beim Hotel „Hoyacker Hof“ und beim Briefkasten am Bürgerhaus während der Lieferzeiten heruntergefahren sind. Die Fußgängerzone wird in Zukunft ihren Namen mit größerer Berechtigung als bisher tragen, ohne dass die Fußgänger nur an leeren Schaufenstern vorbeigehen müssen.

Joachim Krause,
Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion



IMPRESSUM:Herausgeber:
SPD-Ortsverein Garching,
Vorsitzende: Ulrike Haerendel,
Am Mühlbach 28, 85748 Garching
Redaktion: Geschäftsführender Vorstand
Druck: 6.500 Exemplare
Druckerei: diedruckerei.de

Überschreitung der Stickoxidgrenzwerte in vielen Städten Wie ist die Luftqualität in Garching?



Bild links zeigt den Schutzbehälter am Messort, Bild rechts zeigt das Sammelröhrchen

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) rechnet mit Diesel-Fahrverboten in 62 deutschen Städten, auch in Bayern, nachdem am 01.03.17 der Bayerische Verwaltungsgerichtshof das bereits 2012 ergangene und seit 2014 rechtskräftige Urteil des Verwaltungsgerichts München bestätigt hat. Luftschadstoffe (Stickoxide, Ozon, Schwefeldioxid, CO und Feinstaub-PM10) werden in Bayern an 50 festen Messstationen in Innenstädten, Stadtrandzonen und Industriegebieten, aber auch in ländlichen Gebieten gemessen.

Garching mit seiner unmittelbaren Lage an der 8-spurigen A9 ist ein besonderer Fall. Die A9 liegt im Westen (Ausnahmen: Hochbrück und Autobahnsiedlung), also in der

Hauptwindrichtung, zwar außer Orts, aber die Bebauung reicht bis ca. 50m an die Fahrbahn heran. An manchen Tagen mit wenig Wind braucht niemand hinter dem Lärmschutzwall ein Messgerät. Der Abgasee ist deutlich wahrnehmbar. Wie hoch die Werte für Stickoxide sind, wusste bislang niemand. In Zusammenarbeit mit der Ludwig-Bölkow-Stiftung wurden ab Juni jeweils für vier Wochen zwei Passivsammler autobahnnahe aufgehängt und anschließend NOx-Messungen durchgeführt. Mit $27\mu\text{g}/\text{m}^3$ liegt der berechnete Tagesmittelwert unter dem EU-Grenzwert von $40\mu\text{g}/\text{m}^3$, aber über der Empfehlung der WHO von $20\mu\text{g}/\text{m}^3$. Vollständige Entwarnung kann also nicht gegeben werden, umso mehr weil größere Schwankungen durch Inversionswetterlagen, wie sie oft in den Wintermonaten vorkommen, zu Grenzwertüberschreitungen wie in München führen könnten. Deshalb sind Anfang kommenden Jahres weitere Messungen geplant.

Glyphosat – Soll die Zulassung verlängert werden? Die jetzige Bundesregierung ist uneins.

Herbizide oder Unkrautbekämpfungsmittel sind Substanzen, die im Ackerbau eingesetzt werden um störende Wildpflanzen, die sogenannten Unkräuter, die mit den Kulturpflanzen um Licht, Wasser und Nährstoffe konkurrieren, zu bekämpfen. Glyphosat ist mit 6000 Tonnen pro Jahr das in Deutschland meist verkaufte Unkrautvernichtungsmittel und wird auf 40% der Ackerflächen eingesetzt. Als Totalherbizid hat Glyphosat ein sehr breites Anwendungsspektrum und kann bei gentechnisch veränderte Nutzpflanzen, wie z.B. Sojabohne, Raps, Baumwolle und Mais, die gegen Glyphosat resistent sind, auch zwischen Keimung und Ernte eingesetzt werden. Die Substanz ist in Verruf geraten, weil sie nachweislich die Artenvielfalt reduziert, denn weniger Wildpflanzen auf und im Umfeld von Äckern bedeuten immer auch weniger Insekten und dadurch weniger Vögel. Außerdem steht sie in Verdacht krebserregend zu sein. Die Krebsforschungsagentur der WHO hat Glyphosat 2015 als wahrscheinlich krebserregend eingestuft, andere Institutionen, wie z.B. das Bundesamt für Risikobewertung (BfR), kommen nicht zu diesem Schluss.

2016 wurde die Zulassung von der EU-Kommission bis Ende 2017 verlängert, jedoch will die Kommission von den Mitgliedsstaaten eine Entscheidung für die Zeit danach. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) spricht sich gegen eine weitere Verlängerung aus, Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) ist dafür. Das würde heißen, dass sich Deutschland derzeit der Stimme enthalten würde.

Nach der Bundestagswahl wird die Entscheidung darüber fallen, wie sich Deutschland in dieser Frage positionieren wird. Unter einer schwarz-gelben Bundesregierung werden wahrscheinlich alle Bedenken und die Interessen der Bürger beiseite gewischt und Industrie- und Lobbyinteressen im Vordergrund stehen.

Trotzdem kann gehandelt werden; jede Kommune und jeder Landkreis hat es selbst in der Hand den Einsatz von Glyphosat auf eigenen Flächen zu verbieten wie das z.B. Bernau am Chiemsee und der Landkreis Miesbach bereits getan haben.

Kostengünstiges Bauen? Ideen für die Neubaugebiete in Garching



Edmund v. Thermann, Technischer Geschäftsführer bei der GWG München, als Redner im Garchinger Römerhoftheater

Garching hat beschlossen, dem Wohnungsmangel entschlossen entgegen zu treten. Unter der Führung von Bürgermeister Dietmar Gruchmann wurde erst das Umlegungsverfahren mit den Grundeigentümern, dann der Bebauungsplan für die Kommunikationszone abgeschlossen. Schrittweise können in den nächsten Jahren dort Wohnungen für 2700 Menschen entstehen. Auch in Hochbrück ist ein großes Neubaugebiet mit dem „Wohnen am Schleißheimer Kanal“ geplant.

Unter 10 Euro pro qm!

Als SPD gilt unser Interesse vor allem der Entstehung von bezahlbarem Wohnraum für kleinere und mittlere Einkommen, was nach heutigen Maßstäben einen Mietpreis von (deutlich) weniger als 10 Euro pro Quadratmeter meint. Wir haben deshalb Experten aus der Wohnungswirtschaft eingeladen, die bei einer öffentlichen Mitgliederversammlung im Römerhoftheater mit uns diskutiert haben. Hochinteressant war die Präsentation von Edmund von Thermann und Ole Beißwenger von der GWG München, einer im geförderten wie auch im frei finanzierten Wohnungsbau seit langem erfahrenen Gesellschaft.

Rationalisierte Bauverfahren sparen Kosten!

Sie präsentierten unter anderem die Ergebnisse eines Modellversuchs, in dem erhebliche Kostenreduktion durch eine streng rationalisierte Bauweise erreicht worden war: In fünfgeschossigen Bauten waren die Wohnungsgrundrisse genau übereinander gelegt und Küchen und Bäder an einem Strang errichtet worden. Die durchlaufende Konstruktion auf der Basis von vorgefertigten Stahlbetonteilen ermöglichte auch viele Einsparungen in den Installationen. Nur ein Aufzug pro Haus bei zwei Treppenhäusern (80% der Wohnungen sind aber barrierefrei erreichbar) und der Verzicht auf eine Tiefgarage bei einer Absenkung des Stellplatzschlüssels sind weitere Faktoren. Das in einigen Aufnahmen präsentierte Ergebnis konnte sich nach Meinung der meisten Zuhörenden dennoch sehen lassen.

Modell: AWO Baugenossenschaft!

In der langen, angeregten Diskussion ging es nicht nur um solche Baumöglichkeiten, sondern auch um Finanzierungs-

modelle für Garching. Mindy Konwitschny von der AWObaugenossenschaft forderte dazu auf, das genossenschaftliche Modell stärker in den Blick zu nehmen. Gerade für Menschen, die Kapital einbringen können, aber nicht ausreichend, um eine ganze Wohnung zu finanzieren, sei der Erwerb von Genossenschaftsanteilen eine gute Möglichkeit. Auch das Einheimischenmodell könne hier zum Tragen kommen.

Der Vorteil der Kommunikationszone ist, dass hier wirklich eine so große Fläche erschlossen wird, dass ganz unterschiedliche Bau- und Wohnformen verwirklicht werden können und Garching die Chance hat, vielen Bedürfnissen gerecht zu werden. Hoffen wir, dass nicht nur Bürgermeister und Stadträte, sondern auch die privaten Investoren mithelfen wollen, dass die Preisspirale in Garching nicht weiter in unerschwingliche Höhen treibt.

Ulrike Haerendel
Stadträtin und OV-Vorsitzende

Einheimischenmodell in der Kommunikationszone:

Durch erfolgreiche Verhandlungen werden im neuen Baugebiet nicht nur Sozialwohnungen gebaut werden, sondern auch Häuser im Einheimischenmodell. Dabei sind verschiedenen Varianten möglich, über die der Stadtrat noch nicht beschlossen hat.

- 1) Der „Klassiker“, Reihen- und Doppelhäuser, die selbst im Einheimischenmodell mindestens 800.000 Euro kosten werden.
- 2) Eigentumswohnungen, die weniger Wohnfläche haben werden und vielleicht eher erschwinglich sind.
- 3) Wohnungen im Genossenschaftsmodell. Hier erwirbt man zwar kein Eigentum, kann sich aber durch den Kauf von Genossenschaftsanteilen ein lebenslanges Wohnrecht und eine garantierte günstige Miete sichern.

Welches Modell interessiert Sie?
Sagen Sie es uns zum Beispiel in der Fraktionssprechstunde. Termine siehe Seite 1.



Foto: Susie Knoll

■ UNSER SPITZENKANDIDAT FÜR DEN BUNDESTAG

5 Punkte auf dem Zukunftsplan von Martin Schulz Der gesamte Zukunftsplan: martinschulz.de/zukunftsplan

Vorfahrt für Zukunftsinvestitionen

Im modernen Deutschland der Zukunft gibt es weniger Staus, schnelleres Internet und bessere Schulen und moderne Berufsschulen, weil hier nachhaltig und strategisch investiert worden ist.

Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir ab der kommenden Legislaturperiode massiv investieren: in schnelle Glasfaserverbindungen, in die Energiewende, in Forschung und Entwicklung, in Schienen und Straßen, in Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, aber vor allem in Kitas, Schulen und Hochschulen. Wir werden eine Investitionsverpflichtung des Staates einführen, die fest in der mittelfristigen Finanzplanung verankert wird. Wir sorgen dafür, dass es in den Schulen unserer Kinder nicht durchs Dach regnet, anstatt Steuergeschenke mit der Gießkanne zu verteilen. Unser Steuerkonzept ist eine gezielte Entlastung für Familien und für kleine und mittlere Einkommen.

Zusammenhalt und Vielfalt in der offenen Gesellschaft sichern

Im modernen Deutschland der Zukunft leben die Menschen frei und respektvoll zusammen. Die gleichen Chancen gelten unabhängig von Geschlecht, Religion oder Herkunft. Der Staat nimmt seine Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands wahr – in Stadt und Land. Für alle Bürgerinnen und Bürger wird eine angemessene Versorgung mit öffentlichen Gütern gewährleistet – von der Mobilitätsinfrastruktur über Gesundheit, Bildung und Kultur bis hin zur demokratischen Teilhabe für alle. Der Staat ist handlungsfähig und sorgt für Recht und Sicherheit.

Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir in eine starke Bürgergesellschaft investieren, die Identität stiftet und Heimat gibt. Wir werden ein Aktionsprogramm für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland auflegen, das als zentrales Element ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen enthält. Mit einem Einwanderungsgesetz steuern wir die Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt. Durch echte Gleichstellung und wirksame Antidiskriminierungsmaßnahmen werden wir einen neuen Zusammenhalt in der Gesellschaft schaffen. Den Kampf gegen die Feinde unserer Demokratie – egal wie motiviert – werden wir intensivieren.

Gute Arbeit schaffen, einen fairen Generationenvertrag schließen

Im modernen Deutschland der Zukunft gibt es Vollbeschäftigung in guter Arbeit. Niemand, der arbeitet, sollte arm sein. Der Respekt vor der Lebensleistung, die Menschen mit ihrer Arbeit erbringen, drückt sich in würdigen Bedingungen und gerechter Bezahlung aus. Gesundheit und Lebenserwartung sind keine Frage des Portemonnaies mehr und jede und jeder ist im Alter gegen Armut abgesichert.

Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir einen Pakt für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen schließen, die sachgrundlose Befristung abschaffen und uns zum Ziel setzen, dass in vier Jahren deutlich weniger Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Wir werden dafür sorgen, dass es eine Qualifizierungsgarantie und ein Chancenkonto für Erwerbstätige gibt. Wir machen Schluss mit der 2-Klassen-Medizin. Mit unserem Rentenkonzept sichern wir das Rentenniveau und verhindern ein Abrutschen in die Altersarmut.

Familien entlasten, Gleichberechtigung von Frauen und Männern voranbringen

Im modernen Deutschland sind Familie und Beruf doppeltes Glück und nicht zweifache Last. Es ist selbstverständlich, dass sich Mütter und Väter um ihre Kinder kümmern, ohne dass sie sich damit gegen die Karriere entscheiden müssten. Frauen haben die gleichen Chancen am Arbeitsmarkt wie Männer.

Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir massiv in den Ausbau von Kitas und Ganztagschulen investieren und den Zugang kostenfrei machen. Wir werden das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit endlich umsetzen und somit vielen Frauen einen Weg aus der Teilzeitfalle eröffnen. Mehr Zeit für Familie wollen wir durch ein Recht auf Familienzeit für Kinder und für die Pflege von Angehörigen unterstützen. Familien werden durch unser Steuermodell entlastet und beim Erwerb oder Bau eines Eigenheims durch ein Familienbaugeld finanziell unterstützt.

Zu mehr Frieden in der Welt beitragen

Das moderne Europa tritt selbstbewusst in der Welt mit einer Stimme auf – für Abrüstung, für mehr Entwicklungszusammenarbeit und für den Klimaschutz.

Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir nicht zulassen, dass mehr Wirtschaftswachstum zu mehr Ausgaben für Waffen führt, wie es Angela Merkel und Donald Trump wollen. Mehr Sicherheit gibt es nicht mit mehr Waffen, sondern durch Konfliktlösung und -prävention und durch bessere Entwicklungschancen. Dazu gehört auch der Kampf gegen den Klimawandel. Wir fordern deshalb Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe und mindestens 1,5-mal mehr zusätzliche Ausgaben für Entwicklung als für Rüstung. Wir wollen eine europäische Verteidigungsunion statt einer Aufrüstungsspirale.



Um 16.30 Uhr
heißt's „ozapft is“!

Der SPD Ortsverein Garching lädt herzlich ein zur:

WIESNBIERPROBE

Freitag, 15. September
ab 16 Uhr im Römerhof

mit Kaffee und Kuchen und Bayerischer Brotzeit
Musikalische Begleitung:

Garchinger Pfeifer

24. September – **Jede Stimme stärkt unsere Demokratie.**

Die Zukunft braucht neue Ideen. Und einen, der sie durchsetzt.

Zahl für mehr Gerechtigkeit.de **SPD**

Bildung darf nichts kosten. Außer etwas Anstrengung.

Zahl für mehr Gerechtigkeit.de **SPD**

Wer 100 % leistet, darf nicht 21 % weniger verdienen.

Zahl für mehr Gerechtigkeit.de **SPD**

Unsere Familienpolitik ist genauso: laut und fordernd.

Zahl für mehr Gerechtigkeit.de **SPD**

Zum Land der Dichter und Denker passt eine Politik, die in Ideen investiert.

Zahl für mehr Gerechtigkeit.de **SPD**

Damit die Rente nicht klein ist, wenn die Kinder groß sind.

Zahl für mehr Gerechtigkeit.de **SPD**